

Gefahr für die offene Gesellschaft?

Kulturausschuss des Deutschen Städtetages
thematisiert aktuelle politische Entwicklungen



Christina Stausberg
ist Hauptreferentin für
Kultur des Deutschen
Städtetages

Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA, die Entscheidung der Briten für den »Brexit«, das Erstarren der AfD in Deutschland – der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages sorgt sich um die Lage der Demokratie in der westlichen Welt. Nicht nur in einzelnen osteuropäischen Staaten der Europäischen Union, wie z. B. in Polen und Ungarn, geraten demokratische Strukturen unter Druck. Auch in den führenden Nationen der westlichen Welt bestimmen autoritäre, nationalistische und rechtspopulistische Einstellungen zunehmend die Politik, bis hin zur Übernahme der Regierungsmacht in den USA – bislang Garant einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft. Die Vertreterinnen und Vertreter der Städte sehen darin im Kern einen Kulturkonflikt, eine Auseinandersetzung um Werte, Haltungen und Einstellungen in der Gesellschaft.

Kampf um die Kultur« – ein kultursoziologischer Erklärungsansatz

Das Schlagwort vom »Kampf der Kulturen« erlebt angesichts der Bedrohung durch islamistische Terroranschläge derzeit eine Renaissance. Der Politikwissenschaftler Samuel Huntington hatte vor rund zwanzig Jahren – nach dem Ende des Ost-West-Konflikts – mit diesem Begriff vor neuen Konfliktlinien zwischen verschiedenen, religiös geprägten Kulturkreisen gewarnt, vor allem zwischen dem Westen und dem Islam. Der Ansatz von Huntington wurde zwar als vereinfachend und vorurteilsbehaftet kritisiert. Womit er aber offensichtlich richtig lag, war der neue Stellenwert, den er der Kultur zumaß, der Sphäre der Werte, Haltungen, Emotionen und Identitäten. Neben ökonomischen Faktoren scheinen zunehmend kulturelle Faktoren auf die politische Entwicklung

zu wirken. So greift z.B. für die USA das Erklärungsmuster zu kurz, der Wahlsieg von Donald Trump gehe nur auf die vom wirtschaftlichen Abschwung betroffenen weißen Arbeiter zurück. Diese Wählergruppe macht zwar zweifellos einen bedeutenden Anteil am Wahlergebnis aus, das reicht aber alleine für die Erklärung des Erfolgs nicht aus. Daneben lassen sich unter den Wählerinnen und Wählern von Donald Trump überproportional hohe Anteile an älteren Menschen, an Männern, an gering Gebildeten sowie eine überwiegend ländlich geprägte Wählerschaft ausmachen. Außerdem hat er 60 Prozent der Stimmen bei den christlichen Gruppen erhalten. Insgesamt hat er vor allem solche Menschen erreicht, die sich durch Terrorismus und Immigration bedroht und durch die Auswirkungen der Globalisierung in ihrem Lebensmodell verunsichert fühlen.

Die Wählerinnen und Wähler von Donald Trump haben einen durchgreifenden politischen Wandel, vor allem einen Präsidenten jenseits des politischen Establishments, gesucht. Die Abneigung gegenüber dem »Mainstream« und gegenüber politischen Eliten erscheint als eine Gegenbewegung zu den kulturellen Ausprägungen der Moderne und der Globalisierung. Sie richtet sich gegen eine multikulturelle, weltoffene, tolerante und vielfältige, aber auch komplexe und unübersichtliche Welt, in der sich Geschlechterrollen und gesellschaftliche Strukturen, familiäre und soziale Bindungen zunehmend auflösen und Identität verlorengeht. So können sich in weiten Teilen der Bevölkerung neue und oftmals radikale politische Einstellungen herausbilden. Worum es geht, sind im Kern Kultur und Identität. Um diese neue Bewertung zum Ausdruck zu bringen, wird in Abwandlung des Ausspruchs

von Bill Clinton »It's the economy, stupid!« in der Fachdiskussion immer häufiger die Formulierung gewählt: »It's the culture, stupid!«

Dem liegt ein weiter Kulturbegriff zugrunde. Bereits in der Erklärung der Unesco zur Kulturpolitik 1982 wird die Kultur als Hauptelement des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses gesehen, und es wird definiert, dass »die Kultur in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen, geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden kann, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertesysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.«

Die aktuelle kulturelle Konfliktlinie verläuft vor diesem Hintergrund allerdings – anders als von Huntington prognostiziert – nicht in erster Linie zwischen verschiedenen, religiös geprägten Kulturkreisen, sondern zwischen unterschiedlichen Kulturverständnissen. Der Kulturosoziologe Andreas Reckwitz hat dazu die Theorie vom »Kampf um die Kultur« entwickelt: »Was wir beobachten, ist kein simpler Kampf zwischen den Kulturen, sondern ein Kampf um die Kultur, ein Konflikt um den Stellenwert, den die Gesellschaft der Kultur zuschreibt und die Frage, wie sie mit dem umgeht, was wir Kultur nennen. Hier stehen nicht unendlich viele, sondern genau zwei gegensätzliche Fassungen von Kultur miteinander im Widerstreit« (Die Zeit vom 8. Dezember 2016). Er sieht eine »Kulturalisierung des Sozialen« auf breiter Front, die sich nicht in einem Kampf zwischen diversen Kulturen äußert, sondern – viel grundsätzlicher – zwischen zwei konträr aufgebauten Kulturalisierungsregimes.

Reckwitz unterscheidet eine »Hyperkultur« und einen »Kulturessenzialismus«. Leitbegriffe der Hyperkultur seien Diversität und Kosmopolitismus. Die Hyperkultur sei eine Kultur der globalisierten Welt, die vor allem in den städtischen Metropolen gelebt werde und in der im Sinne von Selbstverwirklichung ein flexibles Kulturverständnis bestehe. Hier werde Kultur weltoffen, vielfältig, und multikulturell verstanden: Die unterschiedlichsten Lebensstile und -formen seien möglich und würden toleriert, jeder bestimme die eigene Kultur im Prinzip für sich selbst. Das Gegenmodell zur Hyperkultur sei der Kulturessenzialismus. Hierbei handele es sich um eine Kulturalisierung, die auf kollektive Identität setze, eine Kultur der Identitären. Im Unterschied zur Kultur der Globalisierung setze der Kulturessenzialismus auf die homogene Gemeinschaft, in der innen und außen, wertvoll und wertlos, klar getrennt seien. Die eigene, überlegene Nation werde gegen die fremde in Stellung gebracht (Nationalismus), die eigene Religion gegen die »Ungläubigen« (Fundamentalismus) und das Volk oder ein imaginärer Volkswille gegen

die kosmopolitischen Eliten (Rechtspopulismus). Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von Andersdenkenden seien konstitutiv. Unter dieses Kulturverständnis ließen sich die diversen fundamentalistischen Bewegungen einordnen – zum Beispiel der »Islamische Staat« –, nationalistische Bewegungen wie z.B. in Russland, in Indien oder in der Türkei, aber auch die rechtspopulistischen Bewegungen in Europa.

Ein identitäres Kulturverständnis gewinnt international an Bedeutung

Welche Bedeutung entfaltet der theoretische Ansatz von Andreas Reckwitz für die Situation der politischen Kultur in Deutschland und Europa? Tatsächlich scheint ein identitäres Kulturverständnis – der Kulturessenzialismus – derzeit weltweit im Aufwind zu sein und zunehmend auch die politischen Entwicklungen zu bestimmen. Politische Bewegungen und Parteien, die einen fremdenfeindlichen und nationalistischen Ansatz verfolgen, gewinnen stark an Bedeutung und an Einfluss im politischen Handeln weltweit. Damit wird aus einem bestimmten Verständnis von Kultur plötzlich reale politische Macht.

Durch die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA scheint der Kulturessenzialismus sogar zur Regierungsdoktrin der größten und mächtigsten der etablierten westlichen Demokratien geworden zu sein. Die USA stehen wie kein anderes Land für den Vorrang der freien, offenen und demokratischen Gesellschaft (ungeachtet einiger problematischer Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten). Mit dem Wahlsieg Donald Trumps bricht nunmehr der kulturelle Konflikt in voller Stärke aus zwischen der Regierung und ihren begeisterten Anhängern auf der einen Seite und großen Teilen der (intellektuellen) Zivilgesellschaft auf der anderen Seite. Viele Künstler, Kulturschaffende, Intellektuelle und Wissenschaftler protestieren gegen die neue Regierung. Der Ausgang und die Folgen des Konflikts sind vor dem Hintergrund enormer Machtmittel der Regierung unabsehbar.

Zuvor haben sich vergleichbare Entwicklungen jedoch schon in Europa gezeigt. Polen und Ungarn sind nach den Wahlsiegen und der Übernahme der Regierung durch rechtspopulistische, nationalistische Parteien auf dem Weg zu autoritären Staaten. Politische Erfolge ähnlich ausgerichteter Parteien drohten sogar in Frankreich und den Niederlanden – anders als Polen und Ungarn alte und etablierte westliche Demokratien. Obwohl Marine Le Pen und Geert Wilders weniger erfolgreich waren als zunächst befürchtet, erschreckt die plötzliche Popularität von fremden- und europafeindlichen Haltungen in solchen etablierten westlichen Demokratien. Auch der »Brexit« ist durch nationalistische Bestrebungen und fremdenfeindliche Ressentiments befeuert worden. In Deutschland ist mit der Partei AfD (erneut) eine rechtspopulistische Partei in zahlreiche Länder- und Kommunalparla-

mente eingezogen; mit Pegida und ihren Ablegern in anderen deutschen Städten sind darüber hinaus starke rechtsradikale Strömungen in der Bevölkerung aktiv. Obwohl es im Einzelnen große Unterschiede in den Zielsetzungen dieser Kräfte gibt, sind allen ein ausgeprägter Nationalismus, das Streben nach »alter Größe« und die Ablehnung der Europäischen Union gemein zusammen mit einer ausgeprägt fremdenfeindlichen Einstellung, die zum Gegenstand der Politik wird.

Die politische Entwicklung der letzten Jahre scheint eine erhebliche Dynamik zu entfalten und ist – spätestens seit der Präsidentschaftswahl in den USA – sehr ernst zu nehmen. Durch die Erfolge rechtspopulistischer Kräfte scheint nicht weniger auf dem Spiel zu stehen als die liberale Weltordnung und die liberale Demokratie, die bislang unter Führung der USA parteiübergreifend zumindest in der westlichen Welt anerkannt wurden. Die Zerstörung dieses Systems ist nunmehr zum Ziel politischen Handelns geworden. Die Institutionen der liberalen Demokratie werden in Frage gestellt und ein anti-aufklärerischer Ansatz verfolgt. Prinzipien der Sachlichkeit und Vernunft werden zugunsten einer emotional gesteuerten Debatte aufgegeben. Statt der sachlichen Auseinandersetzung erscheint die politische Propaganda als das Mittel der Wahl. Hass und Wut werden geschürt, die etablierten Medien werden als »Lügenpresse« beschimpft, wissenschaftliche Erkenntnisse werden negiert (»alternative Fakten«) und die Wahrheit frei interpretiert. So werden Verunsicherung und Destabilisierung erzeugt. Wenn auch in Deutschland die Gefahr einer Regierungsübernahme durch rechtspopulistische Parteien derzeit gering erscheint, steht durch die Ablehnung der Europäischen Union ganz konkret das Konzept von Europa als Staatenverbund in Frage, die Europäische Union als Modell schlechthin für Frieden, Wohlstand und Demokratie.

Bereits jetzt zeigen sich die mittelbaren Folgen dieser politischen Entwicklungen in Europa und in Deutschland: In der Flüchtlingsfrage scheint

die Bevölkerung geradezu gespalten, politische Lösungen auf der Ebene der Europäischen Union können gegen den Widerstand rechtsnationaler europäischer Regierungen nicht realisiert werden. Der Brexit wird voraussichtlich auch für Deutschland wirtschaftliche Folgen haben. Die Fusion der Londoner und der Frankfurter Börse ist bereits gescheitert.

Deutschland und andere europäische Staaten werden darüber hinaus zum Austragungsort ausländischer politischer Agitation wie im Fall des türkischen Wahlkampfs bzw. zum Ziel gezielter politischer Propaganda. So plant etwas das rechte Mediennetzwerk Breitbart von Trump-Berater Stephen Bannon seine Expansion nach Deutschland und Europa, am liebsten noch vor der Bundestagswahl. Ziel ist die Emotionalisierung und Spaltung der Bevölkerung und die Zuspitzung des Kulturkampfs.

Kunst und Kultur wirken politisch

Der Vormarsch der autoritären, fremdenfeindlichen und populistischen Kräfte führt zu einer starken Politisierung von Kunst und Kultur – der »Kampf um die Kultur« spielt sich ganz besonders auf dem Feld des Kulturellen ab. »Jetzt hilft nur noch Kunst«, so eine aktuelle Schlagzeile der Wochenzeitung Die Zeit. Kunst bezieht politisch Stellung, wird aber auch umgekehrt zum Opfer einer repräsentativen Politik. So versucht z.B. die polnische Regierung, Kultur und Geschichtsschreibung gleichzuschalten und Heroismus vorzuschreiben. Die Absetzung des Museumsdirektors des Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig ist exemplarisch dafür. Die dortige Ausstellung, die sich zwar in großen Teilen mit den Gräueltaten der Deutschen und dem polnischen Widerstand befasst, aber auch Teile zu polnischen Progromen gegen Juden umfasst, hatte als zu wenig heroisch den Unmut der Regierung auf sich gezogen. Da der Museumsdirektor Pawel Machcewic an seiner Ausstellung festgehalten hat, ist er mittlerweile seines Amtes enthoben worden. Immer mehr Künstlerinnen und Künstler und Kulturakteure sehen angesichts

Kosmopoliten

»Die westlichen Gesellschaften haben in den vergangenen vier Jahrzehnten einen tief greifenden Kulturwandel erlebt. Neue Lebensformen, gleichgeschlechtliche Ehen, Chancengerechtigkeit der Geschlechter, Multikulturalismus und ökologische Fragen dominieren die Diskurse. In sozialdemokratischen Parteien drängten sie die Verteilungsfrage an den Rand. Progressivität wird zunehmend kulturell buchstabiert. Kosmopolitische Eliten besetzen die Spitzenpositionen in Wirtschaft, Staat, Parteien und Medien. Der kosmopolitische Diskurs der Herrschenden wurde zum herrschenden Diskurs. Kritik an ihm wurde in der öffentlichen Sphäre häufig moralisch delegitimiert. Diese Diskursverweigerung hat den Rechtspopulisten fahrlässig den Kampfbegriff der politischen Korrektheit geliefert.«

Wolfgang Merkel: Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie, in: WZB Mitteilungen Heft 154 Dezember 2016

solcher Entwicklungen die Notwendigkeit, sich öffentlich zu positionieren und für die Freiheit der Kunst einzutreten.

Die Entwicklung der (politischen) Kultur als Handlungsfeld der Städte

Die Kraft, die Kultur entfalten kann, und die Rolle, die die Städte dabei einnehmen können, zeigen sich am Beispiel Dresdens. In der Heimatstadt der Bewegung Pegida, die dort jeden Montag regelmäßige Kundgebungen gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlandes sowie die Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland abhält, hat der deutsch-syrische Künstler Manaf Halbouni ein weit beachtetes Kunstprojekt umgesetzt: Drei hochkant aufgestellte Busse auf dem Dresdner Neumarkt erinnern an Krieg und Vertreibung in Syrien und sollen ein Mahnmal für den Frieden in der Welt darstellen. Die Busse erinnern an ein Bild aus Aleppo im Jahr 2015. Damals hatten Menschen hinter Buswracks Schutz vor Scharfschützen gesucht.

Die Kunstinstallation hat zu scharfen Konfrontationen mit Anhängern der rechten Bewegungen geführt. Oberbürgermeister Dirk Hilbert erhielt aufgrund von Morddrohungen Polizeischutz. Er hatte zur Einweihung des Kunstwerks in einer Rede eine Brücke zwischen dem Kunstwerk und der Geschichte der Stadt gezogen, die am 13. Februar dem Tag der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg gedachte. Auch mit weiteren Kunstprojekten hat Dresden das Thema Flucht und Vertreibung aufgegriffen, so mit der Kunstinstallation »Lampedusa 361«, einer Fotoausstellung auf dem Dresdner Theaterplatz vor der Semperoper von Gräbern Geflüchteter auf Sizilien. Der Dresdner Friedenspreis ging in diesem Jahr an den Italiener Domenico Lucano für sein Engagement in dem Projekt »Città Futura«, mit dem der Bevölkerungsschwund des kleinen kalabrischen Dorfes Riace durch die Aufnahme von Flüchtlingen ausgeglichen werden sollte.

Die Beispiele zeigen, dass die Auseinandersetzung um die Kultur vor Ort stattfindet, vor allem in den globalen Metropolen, zum Teil aber durchaus auch

in kleineren Städten. In den Metropolen finden sich die »Hot Spots« von Künstlerinnen und Künstlern und Intellektuellen. Im städtischen Raum entwickelt sich in besonderer Weise eine offene, freie und vielfältige Kulturlandschaft und Gesellschaft, und hier bildet sich auch in besonderer Weise der Widerstand dagegen aus. Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikale Einstellungen fallen allerdings offenbar besonders dort auf fruchtbaren Boden, wo es wenig Erfahrung mit fremden Kulturen gibt und wo die Gelegenheiten zum persönlichen Kontakt und zum Miteinander besonders gering sind, in Gebieten mit geringem Ausländeranteil und im ländlichen Raum. Hier entstehen besondere Herausforderungen im Umgang mit rechtsradikalen Einstellungen. Gleichzeitig darf dies aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch in Ballungsräumen mit hohem Ausländeranteil, z. B. im Ruhrgebiet, bedeutende rechte Szenen gibt. Die Veranstaltungen und Kunstprojekte in Dresden stehen im Fokus der Öffentlichkeit. In vielen anderen Städten werden aber ähnliche Aktionen und Projekte umgesetzt und durch Kommunalverwaltung und -politik unterstützt. Oftmals sind es einzelne Personen, einzelne Politikerinnen und Politiker oder Künstlerinnen und Künstler, die dem Hass und der Wut aus dem Internet und den sozialen Netzwerken ausgesetzt sind und ihm standhalten müssen. Dazu gehört enorme Zivilcourage.

Die Kommunen stehen zum einen vor der Herausforderung, vor Ort mit Veranstaltungen, Demonstrationen und Agitationen von rechts sowie mit den Gegenveranstaltungen umzugehen. Neue Herausforderungen entstehen zum anderen durch die zunehmende politische Propaganda aus dem Ausland. Entweder, um rechten Bewegungen den Boden zu bereiten und die etablierten Demokratien zu destabilisieren – wie z. B. durch Propaganda aus Russland oder womöglich demnächst aus den USA – oder aber um eigene, autoritäre Ziele zu verfolgen wie z. B. im türkischen Wahlkampf um ein Verfassungsreferendum. Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages sieht in Kultur und Kulturpolitik zentrale Instrumente für eine Stärkung der demokratischen Kultur. ■